Die SPD-Fraktion bekennt sich zur Landwirtschaft in Deutschland

Neun Punkte
für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

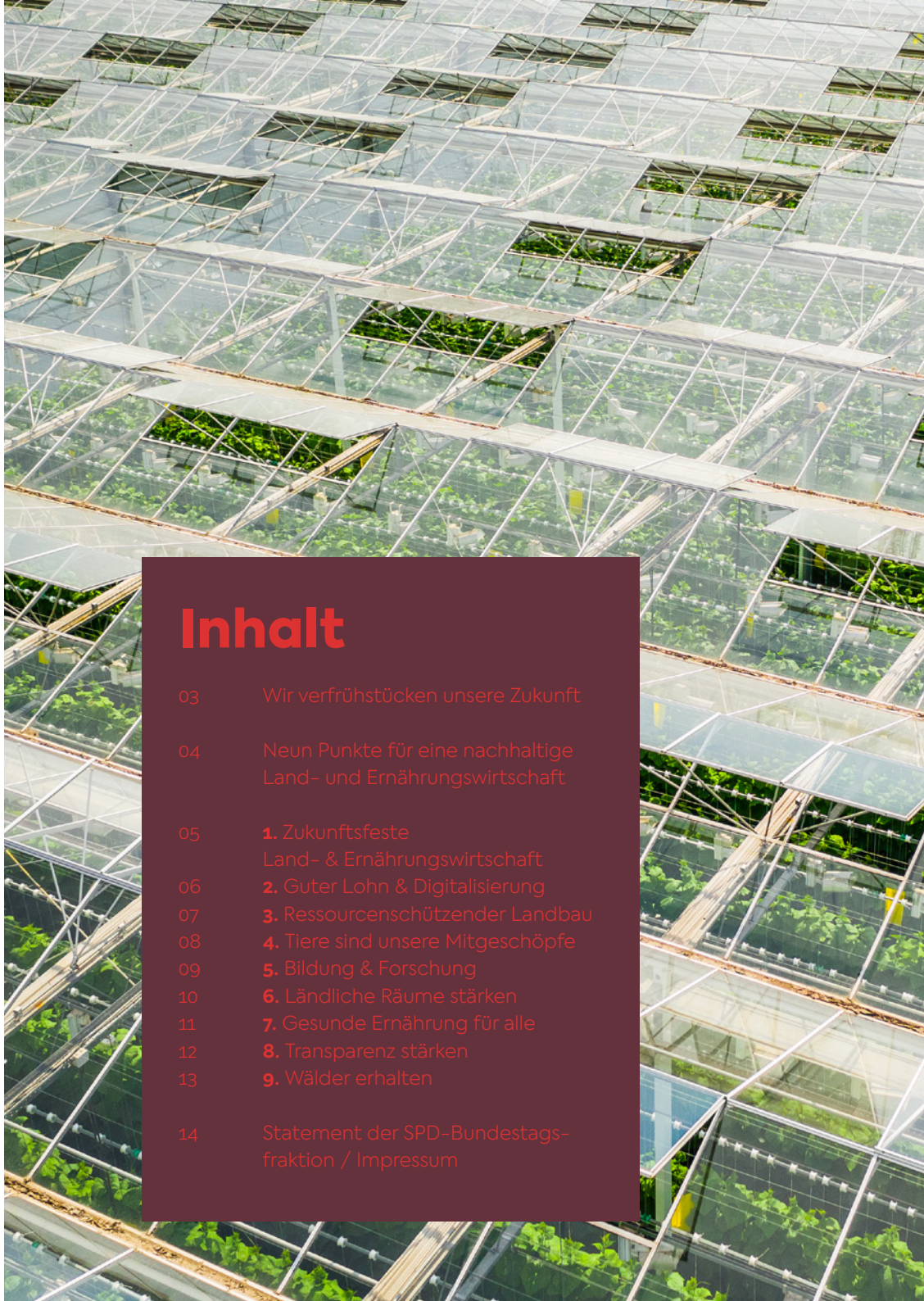
SPD
Fraktion im Bundestag

Für Landwirtschaft mit Perspektiven

Unser globalisiertes Agrarsystem hat zu einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen geführt, verstärkt den Klimawandel und achtet soziale Standards teilweise unzureichend. Die COVID-19-Pandemie und der Ausbruch der afrikanischen Schweinepest verdeutlichen, wie fragil und störungsanfällig dieses System ist. Wir müssen jetzt gegensteuern.

Die SPD-Bundestagsfraktion will eine zukunftsfähige, umweltschonende und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft. Fruchtbare Böden, biologische Vielfalt, reine Luft und sauberes Wasser sind die natürlichen Ressourcen, die es zu schützen gilt. Gute Arbeitsbedingungen und gerechte Lebensmittelpreise lassen sich nur mit einem Umdenken erreichen. Die SPD-Fraktion setzt sich für eine stärker regionalisierte Landwirtschaft ein, die auf geschlossenen Nährstoffkreisläufen und gegenseitiger Wertschätzung beruht. Eine Landwirtschaft, die durch die Produktion hochwertiger Agrarprodukte und eine tierwohlgerechte Nutztierhaltung eine gesunde und ausgewogene Ernährung ermöglicht. Hierfür brauchen wir Forschung und Wissenstransfer. Die Digitalisierung ist ein elementares Handwerkszeug. Alle müssen an einen Tisch. Es ist Zeit zum Handeln.

Unseren Weg zeigen das aktuelle Fraktionspapier sowie die in ihm verlinkten Positionspapiere zu Einzelthemen auf.



Inhalt

03 Wir verfrühstücken unsere Zukunft

04 Neun Punkte für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

05 **1.** Zukunftsfeste Land- & Ernährungswirtschaft
06 **2.** Guter Lohn & Digitalisierung
07 **3.** Ressourcenschützender Landbau
08 **4.** Tiere sind unsere Mitgeschöpfe
09 **5.** Bildung & Forschung
10 **6.** Ländliche Räume stärken
11 **7.** Gesunde Ernährung für alle
12 **8.** Transparenz stärken
13 **9.** Wälder erhalten

14 Statement der SPD-Bundestagsfraktion / Impressum

Wir verfrühstücken unsere Zukunft

Unsere Gesellschaft ist hochkomplex und global vernetzt. Das gilt insbesondere für den Ernährungs- und Landwirtschaftssektor. Gerade die aktuelle Pandemie zeigt, wie verletzlich das gesamte System Ernährung ist.

Es beginnt bei billigen Arbeitskräften in Fleischindustrie, Obst- und Gemüsebau, geht über den Zusammenbruch von Exportmärkten beim Schweinefleisch weiter bis hin zum Wegfall der Kita- und Schulverpflegung im Lockdown und der so teilweise fehlenden ausgewogenen Ernährung.

Wir importieren Futtermittel aus Nord- und Südamerika, die oft nach Regenwaldabholzung unter fragwürdigen Umweltstandards und teilweise katastrophalen Arbeitsbedingungen erzeugt werden, um in Deutschland Schweine und Geflügel zu mästen. Einen Teil davon exportieren wir dann ins Ausland, kämpfen aber vor Ort mit der Gülleproblematik. Von regionalen Nährstoffkreisläufen sind wir oft weit entfernt.

Agrarlandschaften sind nur gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben zu gestalten. Unternehmerisches Handeln muss sich finanziell lohnen und gleichzeitig dem Gemeinwohl dienen. Hierfür werden wir die Rahmenbedingungen schaffen. Es braucht eine Gesamtkonzeption für den Sektor inklusive einer zielgerichteten Ackerbaustrategie und einer flächenangepassten Nutztierhaltung. Nur so lassen sich regionale Nährstoffkreisläufe schaffen, die Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige, umweltschonende und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft sind. Der gesamte Agrar- und Ernährungssektor muss künftig von seinem Beitrag zu einer gesunden und nachhaltigen Ernährung her gedacht werden.

9 Punkte für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

1. Zukunftsfeste Land- und Ernährungswirtschaft

Entscheidend für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft ist eine gerechtere Verwendung der Finanzmittel im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Bisher fließen die flächenbezogenen Direktzahlungen über die Pachtpreise häufig in die Vermögen außerlandwirtschaftlicher Grundeigentümer weiter.

Wir fordern den Umbau der Förderpolitik nach dem Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Gemeinwohlleistungen“, also umweltschonendes Wirtschaften, mehr Tierwohl sowie den Erhalt unserer vielgestaltigen Kulturlandschaft. Außerdem fordern wir eine Stärkung der Landwirt*innen im Markt gegenüber der Ernährungsindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel. Auch für die zunehmende Nutzungskonkurrenz beim Wasser werden wir Lösungen finden. Gleichzeitig erkennen wir an, dass in Deutschland regional verschiedene Formen der Landwirtschaft in unterschiedlichen Betriebsgrößen existieren. Insbesondere Nord- und Ostdeutschland sind durch ihre größeren Betriebe geprägt, was bei der Neuausrichtung der Agrarförderung zu berücksichtigen ist.

Den Kostendruck durch den Weltmarkt können wir abfedern durch faire Handelsabkommen und durch die Schaffung wirtschaftlicher Alternativen. Vielfalt sichert das Überleben der landwirtschaftlichen Betriebe. Dies ist über Qualität, Regionalität, Innovation und Produktdifferenzierung zu erreichen. Wir werden dabei den Lebensmittelhandel nicht aus seiner Pflicht entlassen, sondern dafür sorgen, dass der Preisdrückerei der großen Handelskonzerne ein Riegel vorgeschoben wird.

Guter Lohn und Digitalisierung

Gerechtigkeit hält eine Gesellschaft zusammen und ist Kernanliegen sozialdemokratischer Politik. Landwirt*innen und ihre Familien sollen von ihrer Arbeit gut leben können und für ihre Tätigkeit eine gesellschaftliche Wertschätzung erfahren.

Dies setzt faire Preise für hochwertige Lebensmittel bei gleichzeitig gerechter Entlohnung der Arbeitnehmer*innen für die erbrachten Gemeinwohlleistungen voraus.

Die ländlichen Räume müssen als digitale Räume gedacht werden. Wir fordern eine flächendeckende Bereitstellung von schnellem Internet, um für gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen. Wir fordern eine Intensivierung und Strukturierung der Digitalisierung in der Landwirtschaft. So haben wir erfolgreich dafür gesorgt, dass das Thema Digitalisierung ein eigenes Kapitel im Haushalt der Landwirtschaftsministerin ist und 36 Millionen Euro für diesen Bereich zur Verfügung stehen.

Eine staatlich initiierte Agrar-Masterplattform wird als Datendrehscheibe der Landwirtschaft fungieren. Diese stellt sicher, dass die Datenhoheit bei den Landwirt*innen bleibt und nicht auf global agierende Unternehmen übergeht. Mit Hilfe dieser Plattform als Handwerkszeug für unsere Landwirt*innen kann die Arbeit modernisiert, effektiv gestaltetet und erleichtert werden. So kann der Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz präzise für den jeweiligen Boden berechnet und die bürokratischen Hürden, wie GAP-Anträge und Steuererklärungen, minimiert werden.

Ressourcenschützender Landbau

Wir wollen die natürlichen Ressourcen für die nachfolgenden Generationen erhalten. Unsere Landwirtschaft kann für fruchtbare Böden, sauberes Wasser, biologische Vielfalt sorgen sowie einen aktiven Beitrag zu Klimaschutz und Luftreinhaltung leisten.

Humusaufbau, Bodenverbesserung, abwechslungsreiche Fruchtfolgen sowie integrierte Konzepte zur Reduktion des Pflanzenschutzmittel- und Düngereinsatzes sind die richtigen Ansätze. Außerdem werden wir den Anbau einheimischer Eiweißlieferanten als Futter- und Nahrungsmittel sowie den heimischen Gartenbau gezielt unterstützen.

Agroforstprogramme, bodenbedeckende Wirtschaftsweisen und der Erhalt von Dauergrünland helfen bei der Anpassung der Betriebe an die Herausforderungen durch den Klimawandel und tragen zum Klimaschutz bei. Auch der Erhalt von Mooren als Kohlenstoffspeicher wird gefördert.

Der Boden als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu und ist durch gesetzliche Regelungen vor Großinvestoren ohne Agrarbezug zu schützen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft weiter verbessern, um das Ziel von 25 Prozent Ökolandbau in der EU zu erreichen. Konventionelle und ökologische Landwirtschaft schließen sich dabei nicht aus und sollen nebeneinander gedeihen.

Tiere sind unsere Mitgeschöpfe

Tiere sind mit Achtung zu behandeln. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei gleichzeitiger Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze von zwei Großvieheinheiten pro Hektar. Tierwohlgerechtere Haltungsbedingungen erfordern mehr Kontakt der Tiere zum natürlichen Außenklima.

Hier ist ein Ausgleich mit dem erforderlichen Immissionsschutz zu finden. Wir fordern die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln und eine angemessene Finanzierung des Umbaus der Nutztierhaltung. Bei der Umsetzung orientieren wir uns an den Leitlinien des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung (der sog. Borchert-Kommission). Die Tiergesundheit als eine Grundvoraussetzung für das Tierwohl haben wir hierbei im Blick.

Schafe und Ziegen erfüllen wichtige Ökosystemleistungen bei der Landschaftspflege und der Erhaltung der Biodiversität. Daher fordern wir umgehend die Einführung einer europarechtskonformen Weidetierprämie.

Der Transport lebender Tiere erfordert besondere Sorgfalt. Hier werden wir für ein enges, digitales Kontrollsystem sorgen. Zudem setzen wir uns für eine nachhaltige Fischerei ein, die bestandserhaltend für Fische und Fischer wirkt. Auch eine Aquakultur, die auf regionalen Nährstoffkreisläufen beruht, zählt für uns dazu.

5. Bildung und Forschung

Die berufliche Qualifikation in der Land- und Ernährungswirtschaft muss sich den verändernden Bedingungen anpassen. Berufsschulen und Hochschulen müssen dabei die Digitalisierung im Fokus der Lehrpläne haben und die Auszubildenden auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten.

Wir brauchen eine interdisziplinäre Agrar- und Ernährungsforschung, die notwendige Veränderungen begleitet und neue Impulse gibt. Ein Austausch zwischen Forschungseinrichtungen, landwirtschaftlichen Betrieben und der Ernährungsbranche ist essenziell und auch auf europäischer Ebene voranzubringen. Modellvorhaben allein reichen nicht aus. Das Wissen muss zu den Betrieben vor Ort und in die Fläche fließen. Insbesondere die Wissenschaftskommunikation in die Gesellschaft wollen wir zielgerichtet ausbauen.

Wir wollen mehr Forschung fördern, die sich mit einer klimaneutralen Land- und Forstwirtschaft und deren praktischer Umsetzung sowie mit ökologischen Formen der Landwirtschaft befasst. Die Bereiche Saatgutforschung, neue Züchtungsmethoden ohne gentechnische Veränderungen, moderne Anbaumethoden und die Verwendung alter Sorten stehen im Fokus. Besonderen Forschungsbedarf sehen wir bei der Bewertung neuartiger gentechnischer Organismen und deren Nachweismethoden.

Ländliche Räume stärken

Regionale Strukturen, die einmal zerstört sind, lassen sich nur in einem großen Kraftakt wiederherstellen. Dies beweist derzeit die Situation in der Fleischbranche. Gerade in der Tierhaltung führen kurze Wege für Futter und Nutztiere zu einer klar verbesserten Ökobilanz und deutlich weniger Tierleid.

Die Mehrheit der Menschen wird zukünftig in Städten leben. Daher sind innovative Lösungen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln auch innerhalb und im Umfeld der Metropolen gefragt.

Ländliche Räume leben von attraktiven, vielfältig gestalteten Kulturlandschaften, die wir durch eine gezielte Förderung der von den Landwirt*innen erbrachten Gemeinwohlleistungen dauerhaft erhalten wollen. Gelingen wird dies nur, wenn wir die Wirtschaft im ländlichen Raum stärken, von Handwerk und Handel bis zu Tourismus und Kultur.

Der Trend zu Urban Gardening und Solidarischer Landwirtschaft hilft, den Bezug zu den natürlichen Lebensgrundlagen auch im großstädtischen Bereich zu erhalten. Dies trägt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis von ländlicher und städtischer Bevölkerung bei.

Gesunde Ernährung für alle

Wir essen zu viel, zu süß, zu fett, zu salzig, zu fleischlastig und nehmen zu wenig Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und Nüsse zu uns. Die Folgen sind Übergewicht, Fettleibigkeit und ernährungsbedingte Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes-Typ-2 und bestimmte Krebserkrankungen.

Wir fordern deshalb ein Umsteuern in der Ernährungspolitik und setzen uns etwa für eine verbindliche Reduktionsstrategie für Zucker, Salz und Transfette ein, die für ein gesünderes Produktangebot sorgt. Die auf Drängen der SPD-Fraktion eingeführte Nutri-Score-Nährwertkennzeichnung, die eine gesündere Wahl für Verbraucher*innen auf einen Blick erkennbar macht, soll zukünftig verpflichtend europaweit gelten. Kostenloses Trinkwasser im öffentlichen Raum, nachhaltigere, aber erschwingliche Produkte und kleinere Portionsgrößen können zu einer gesünderen Ernährungsumgebung führen.

Armut und insbesondere Kinderarmut zu bekämpfen und für Chancengleichheit zu sorgen, ist ein Grundanliegen sozialdemokratischer Politik. Wir setzen uns für eine gesunde, ausgewogene und kostenfreie Verpflegung an allen Kindertagesstätten und Schulen ein. Auch die Senioren-, Krankenhaus- und Gemeinschaftsverpflegung ist deutlich hochwertiger zu gestalten. Den Beitrag der Tafeln zur Bekämpfung von Ernährungsarmut und Lebensmittelverschwendung wollen wir umfassend würdigen.

Wir brauchen zudem einen bewussteren Umgang mit unseren Lebensmitteln. Eine erhöhte Wertschätzung bei Konsument*innen und administrative Maßnahmen bei Verarbeitung, Handel und Gastronomie werden die Lebensmittelverschwendung deutlich reduzieren.

Transparenz stärken

Immer mehr Verbraucher*innen wollen gesunde und nachhaltige Lebensmittel konsumieren, die umweltschonend und unter fairen Arbeitsbedingungen erzeugt wurden.

Wir setzen auf verlässliche und nachvollziehbare Produktkennzeichnung. Neben der Nährwertkennzeichnung fordern wir für die zentralen Nachhaltigkeitsdimensionen (Gesundheit, Umwelt, Soziales, Tierwohl) die Entwicklung von verbindlichen staatlichen Siegeln, die in einem verständlichen und leicht erkennbaren Dachlabel zusammenzufassen sind.

Menschenrechte achten und Umweltzerstörung verhindern – diesen Grundsätzen sollen sich deutsche Unternehmen künftig auch im Ausland nicht entziehen können. Ein verbindliches Lieferkettengesetz muss zwingend umgehend in Kraft treten.

Wälder erhalten

Knapp ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands ist mit Wald bedeckt. Dieser erfüllt vielfältige Funktionen für Klima, Natur, Wirtschaft und Gesellschaft.

Unsere Wälder müssen sich auf den Klimawandel einstellen. Beim Waldumbau hin zu stabilen und anpassungsfähigen Wäldern ist auf die Verwendung von standortangepassten Baumarten mit hoher Trockenheitsresistenz und großem CO_2-Speicherpotenzial zu achten. Das langfristige Ziel sind vielfältige und klimastabile Mischwälder. Da die heute erzielbaren Holzpreise für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung nicht ausreichen, muss zukünftig eine Honorierung verbesserter Ökosystemleistungen im Wald ermöglicht werden.

Holz kann als nachwachsender Rohstoff für den Hausbau, die Möbel- und Papierherstellung sowie als Dämmung eingesetzt werden. Wir haben daher eine gezielte Holzbauinitiative auf den Weg gebracht, von der das gesamte Holzhandwerk und die mittelständisch geprägte Holzindustrie profitieren. Dies wird den ländlichen Raum als Hauptstandort des Holzgewerbes stärken.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein klares Ziel

Eine Landwirtschaftspolitik, die die Interessen der Landwirte und gesellschaftliche Erwartungen an sie zusammenbringt, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie braucht Rahmenbedingungen, die über Legislaturperioden hinweg halten. Die Ergebnisse der gesellschaftlich breit verankerten Kommissionen zur Nutztierhaltung (Borchert-Kommission) und zur Zukunft Landwirtschaft sind zeitnah umzusetzen, sobald sie vorliegen.

Nur so können wir Planungssicherheit erreichen und der Landwirtschaft einen verlässlichen Pfad geben, die den Landwirt*innen ein Auskommen bietet, hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe erzeugt und dabei Rücksicht nimmt auf Umwelt, Biodiversität und Tierwohl. Die Möglichkeiten der Digitalisierung können dazu einen bedeutsamen Beitrag leisten. Schon heute ist es mit digitalen Mitteln möglich, Dünger und Pflanzenschutzmittel zielgenauer und sparsamer einzusetzen, das Wohlergehen der Tiere zu verbessern und den Schutz der Umwelt zu erhöhen.

Der gesamte Agrar- und Ernährungssektor wird zukünftig stärker von seinem Beitrag zu einer gesunden und nachhaltigen Ernährung her gedacht werden.

Matthias Miersch MdB

Rainer Spiering MdB

SPD
Fraktion im Bundestag

Herausgeberin SPD-Bundestagsfraktion, Josephine Ortleb MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Text & Redaktion Matthias Miersch MdB, Rainer Spiering MdB

Fotos

Istockphoto / FluxFactory (Titel), Medvedkov (S. 2), taikrixel (S. 3), Edgar G. Biehle (S. 4), Jay Yuno (S. 5), baranozdemir (S. 6), fotografixx (S. 7) PeopleImages, (S. 8), shironosov (S. 9), LivingImages, pixdeluxe, Kosamtu (S. 10), sanjeri (S. 11), Smederevac, borevina (S. 12), rclassenlayouts, Imgorthand (S. 13)

Susie Knoll, Benno Kraehahn (S. 14)

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

www.spdfraktion.de/facebook
www.spdfraktion.de/twitter
www.spdfraktion.de/instagram
www.spdfraktion.de/youtube